

## Antrag

**der Abgeordneten Martin Gerster, Dagmar Freitag, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Gabriele Fograscher, Ute Kumpf, Christine Lambrecht, Caren Marks, Thomas Oppermann, Axel Schäfer (Bochum), Brigitte Zypries, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

### **Doping an Olympiastützpunkten, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkten konsequent bekämpfen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Sport vermittelt Grundwerte, die von elementarer Bedeutung für die gesamte Gesellschaft sind. Werte wie Toleranz, Fairness, Teamgeist, Chancengleichheit, Integration, Einsatzbereitschaft und die Akzeptanz von Regeln werden nirgends so konsequent vorgelebt, eingeübt und praktiziert wie im Sport.

Doping gefährdet diese positiven Grundwerte und zerstört den Sport damit in seiner Substanz. Doping muss deshalb entschieden bekämpft werden. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Neben den Athletinnen und Athleten selbst sind vor allem jene in der Pflicht, die sich im und für den Sport engagieren. Auch den Medien fällt die verantwortungsvolle Aufgabe zu, in einer Gesellschaft zu vermitteln, dass Doping kein Kavaliersdelikt ist, sondern als sportzerstörend geächtet werden muss.

Politik und insbesondere die Bundesregierung müssen alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreifen, um Doping einzudämmen und zu verhindern. Große Bedeutung kommt hierbei der Nationalen Anti Doping Agentur Deutschland (NADA) zu. Zu ihren Aufgaben gehört neben der Prävention u. a. auch die Umsetzung des national gültigen Anti-Doping-Codes und eines einheitlichen Dopingkontrollsystems, die Rechtsberatung für Verbände und Aktive sowie – sofern von den Sportverbänden gewünscht – ein Ergebnis- und Sanktionsmanagement.

Größtes Problem der NADA ist die mangelhafte finanzielle Ausstattung. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat ihren finanziellen Beitrag zuletzt reduziert und weitere Kürzungen angekündigt. Dies und die unzureichende finanzielle Unterstützung durch die Bundesländer tragen dazu bei, dass die NADA nicht in erforderlichem Umfang gegen Doping vorgehen kann.

Dies zeigt sich auch in der Aufarbeitung der aktuellen Vorkommnisse am Olympiastützpunkt Thüringen. Medienberichten zufolge soll es am Olympiastützpunkt Thüringen zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Gegen einen Mediziner läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft. Die NADA ermittelt gegen rund 30 Sportlerinnen und Sportler. Gegen zwei Sportler hat die NADA Verfahren eingeleitet. Bei 28 weiteren prüft sie, ob ein Verfahren eingeleitet werden soll. Angesichts ihrer unzureichenden finanziellen

Ausstattung kann die NADA jedoch nur in beschränkter Anzahl Verfahren einleiten. Einerseits soll es an ausreichendem Personal mit juristischer Kompetenz fehlen, andererseits könnte die Existenz der NADA aufgrund hoher Kosten und eventueller Regressforderungen bedroht sein.

Von großer Tragweite ist bei den aktuellen Untersuchungen am Olympiastützpunkt Thüringen zudem die Frage, ob die Bundesregierung in den letzten Jahren über die Bezuschussung der Olympiastützpunkte direkt oder indirekt Doping aus Steuergeldern mitfinanziert hat und im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion ihrer Verpflichtung nachgekommen ist, alles zu tun, um Doping vor Ort auszuschließen.

Daher bedarf es einer zügigen und umfassenden Aufklärung durch die Bundesregierung. Sie muss zusammen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und den Fachverbänden sicherstellen, dass keine unter Dopingverdacht stehenden Sportlerinnen und Sportler aus Deutschland bei den Olympischen Spielen in London starten. Wer Doping aktiv betreibt, unterstützt, billigt oder nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft, macht sich mitschuldig an der Zerstörung der olympischen Idee und den Werten des Sports, riskiert einen Ansehensverlust Deutschlands weltweit und gefährdet die Gesundheit von Athletinnen und Athleten. Besonders problematisch wäre dies, wenn sich nachweisen ließe, dass Doping in Deutschland mit staatlicher (finanzieller) Unterstützung praktiziert wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Deutschen Bundestag umfassend über Erkenntnisse zu den Vorgängen am Olympiastützpunkt Thüringen zu informieren und insbesondere darüber aufzuklären, ob direkt oder indirekt Steuergelder zur Unterstützung von Doping eingesetzt wurden bzw. werden;
- alle Strukturelemente des Stützpunktsystems (Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte) vor den Olympischen Spielen in London im Hinblick auf Blutmanipulationen zu überprüfen;
- sich konsequent dafür einzusetzen, dass alle Sportlerinnen und Sportler, die an Strukturelementen des Stützpunktsystems trainieren, frei von jeglichem Dopingverdacht sind und bei den Olympischen Spielen in London für Deutschland ausschließlich Athletinnen und Athleten starten, die zweifelsfrei keine verbotenen Blutmanipulationen vorgenommen haben;
- Verantwortliche, Mediziner und Mitarbeiterstäbe an den Strukturelementen des Stützpunktsystems eindringlich auf das Verbot der Anwendung nicht erlaubter Methoden hinzuweisen und sie über die Konsequenzen einer Missachtung zu informieren;
- die NADA finanziell so auszustatten und abzusichern, dass die mit Prozessen gegen mutmaßliche Dopingbetrüger verbundenen finanziellen Risiken abgedeckt sind;
- eine für die effektive Dopingbekämpfung unabdingbare nachhaltige und ausreichende Finanzierung der NADA sicherzustellen;
- den Deutschen Bundestag umfassend über die Ergebnisse und die Umsetzung der oben aufgeführten Forderungen zu informieren.

Berlin, den 6. März 2012

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**